Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische

Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 183 (2017)

Heft: 7

Artikel: Können wir uns soviel Zivildienst leisten?

Autor: Bölsterli, Andreas

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-730661

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 20.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Können wir uns soviel Zivildienst leisten?

So der Titel einer Veranstaltung des Vereins CHANCE SCHWEIZ – Arbeitskreis für Sicherheitsfragen vom Mai in Zürich. Der Zivildienst (ZD) sei zu attraktiv, gefährde die Alimentierung der Armee und de facto bestehe Wahlfreiheit. Zeit für eine öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema.

Andreas Bölsterli, Chefredaktor

Der Präsident von «Chance Schweiz», Oberst i Gst Harry Vogler eröffnete die Veranstaltung mit dem Aufruf, dass es nicht darum gehe, ZD und Armee – beides Instrumente der Sicherheitspolitik – gegeneinander auszuspielen. Es braucht ausgewogene Lösungen und die erreicht man nur im Dialog. Der Dialog beginnt mit Einführungsreferaten:

Christoph Hartmann, Leiter Zivildienst

Die Armee leistet ca. sechs Mio. Diensttage pro Jahr, der ZD deren 1,7 Mio., die vor allem in den Bereichen Gesundheit und Soziales erbracht werden. 46% der Zivildienstleistenden (Zivis) optieren vor der Rekrutenschule (RS) für den ZD, 15% wechseln im Lauf der RS und knapp 39% entscheiden sich nach der RS für den Übertritt in den ZD. Hartmann weist darauf hin, dass Massnahmen beim ZD alleine kein Garant seien, um die Armeebestände zu sichern. Die Zivis nutzen ein verfassungsmässiges Grundrecht und leisten letztlich auch einen Beitrag zur Wehrgerechtigkeit. Eine Wahlfreiheit bestehe nicht, auch wenn die Wahrnehmung eine andere sei. Die Vollzugsstelle Zivildienst und der Departementschef WBF sind sich gemeinsam mit dem C VBS der Probleme bewusst, die sich insbesondere aus den steigenden Zahlen der Wechsel nach der RS und den zunehmenden Wechseln von Kadern ergeben. Korrekturmassnahmen drängen sich aus Sicht WBF auf, man will den Übertritt unattraktiver machen. Allerdings sind solche Anpassungen ein politischer Prozess, der bis zu zwei Jahren dauert und den auch das Parlament mitgestaltet. Das VBS ist in der Pflicht bei der Erarbeitung von Bedingungen, Hartmann's Dienststelle arbeitet mit.

Vor lauter Zahlen darf aber nicht übersehen werden, dass sich die Gesellschaft verändert und allein die Demografie eine Alimentierung des ZD rechtfertigt, so steigt beispielsweise die Zahl der benötigten Pflegeplätze laufend an. Hier leiste der ZD einen wichtigen Dienst zum

sozialen Zusammenhalt, meint Hartmann. Auch Megatrends wie der Klimawandel und Umweltfaktoren ändern die Herausforderungen an die Gesellschaft, hier könne der ZD eine nachhaltige Entwicklung unterstützen. Wir werden in Zukunft alle Kräfte brauchen und tun gut daran, alle Leistungen in das System einzubinden.

Gemäss Hartmann ist der Prozess für An-

passungen eingeleitet, um das Verhältnis der Partner unter Beachtung aller Prämissen zu verbessern. Wir müssen aber dem Bedarf von morgen Rechnung tragen – Denkverbote helfen nicht weiter.

Daniel Baumgartner, Kommandant Heer

Für ihn leisten Armeeangehörige mit dem eventuellen Einsatz ihres Lebens den höchsten Solidaritätsbeitrag gegenüber der Gesellschaft, den ein Bürger erbringen kann. Das ist für Baumgartner der wesentliche Unterschied zum ZD. Die Armee kann nicht attraktiver werden, das ist ein Widerspruch in sich selbst, ergänzt er.

Zur Erfüllung des vorgegebenen Leistungsprofils braucht es jedes Jahr 18000 Soldaten. Sorgen bereitet die Tatsache, dass alle, die zum ZD wechseln, tauglich für den Militärdienst sind – wir verlieren also

leistungsfähige Leute, auf die wir angewiesen sind: darüber wird zu wenig gesprochen. «Meine Aufgabe ist eigentlich eine einfache», meint Baumgartner: «Ich muss dafür sorgen, dass die Ausbildung gut ist, Sinn macht und fordernd ist. Wenn wir gut sind, dann kann es nicht



Referenten, Podiumsteilnehmer (v.l.n.r.): KKdt Baumgartner, SR Josef Dittli, NR Beat Flach, Christoph Hartmann. Bild: ASMZ

sein, dass wir jedes Jahr 3500 Rekruten verlieren.»

Im Bestreben, möglichst alle Soldaten behalten zu können, geht man verschiedene Wege. Dazu gehört, dass man den Jungen Zeit gibt, sich an das neue Umfeld anzupassen. Das hat nichts mit «Weicheier» und «Turnschuhsoldaten» zu tun, sondern hilft, die Zahl der Ausfälle in den ersten Wochen RS zu verkleinern. Weiter soll die Ausbildung wieder durch Milizkader getragen werden, man muss die Kader «machen lassen», damit sie Erfahrungen für den Wiederholungskurs (WK) sammeln können, denn dort ist man auf gute Vorgesetzte angewiesen. Aber Soldat sein ist nicht «sexy», deshalb braucht es nach wie vor klare Regeln und Disziplin und letzteres ist nicht verhandelbar. Mit dem neuen Ausbildungsmodell steigt die Führungserfahrung wieder an, weil jeder seinen Grad abverdienen muss.

Was ist also vorzukehren, damit unsere Fans zu uns kommen, bleiben und Kader werden? Wir müssen alle Informationskanäle noch besser nutzen. Wir passen die Orientierungstage an, damit wir möglichst viele junge Schweizerinnen und Schweizer erreichen. Die differenzierte Tauglichkeit muss optimiert werden und mit dem progressiven Leistungsaufbau und einer Karriereplanung ab Beginn der militärischen Ausbildung wollen wir möglichst alle Jungen behalten und für uns gewinnen können – wir brauchen sie. Wir sind daran «die Köpfe zu drehen» und wir wollen das gemeinsam tun.

Gewissenskonflikt als Ausgangslage – heute Wahlfreiheit

Mit dieser Frage eröffnet Irène Thomann die Podiumsdiskussion und fragt die anwesenden Politiker nach deren Position.

Für SR Dittli hat sich die Gesellschaft verändert. Man akzeptiert heute den Tatbeweis mit dem Faktor 1,5. Er bringt die Diensttauglichkeit ins Spiel, bei den grossen regionalen Unterschieden ist der Hebel anzusetzen. Die differenzierte Tauglichkeit ist der richtige Weg. Zu viele «schleichen ab», bevor sie mit der Dienstleistung überhaupt beginnen. Anpassungen sind nötig, um die Abgänge aus den WK's zu reduzieren, der Übertritt muss anders gestaltet werden.

Für NR Flach hat der Gewissenskonflikt noch den gleichen Stellenwert, man kann auch heute nicht in die Köpfe der Zivis hineinschauen. Es ist wichtig zu erkennen, dass der richtige Mann am richtigen Ort eingesetzt wird – «der Dienst an Behinderten ist anspruchsvoller, als eine Woche einen Schober zu bewachen». Flach geht davon aus, dass sich die Alimentierung der Armee auch dank den geburtenstarken Jahrgängen noch einpendeln wird.

Frage der Anrechenbarkeit und des Massstabs

Die Gesprächsleiterin bringt eine Motion aus dem Nationalrat ins Gespräch (Anrechenbarkeit der Diensttage) und eine partielle Wiedereinführung der Gewissensprüfung:

Hartmann äussert die Vermutung, dass eine Wiedereinführung der Gewissensprüfung politisch kein gangbarer Weg ist. Es gilt der Tatbeweis und in dieser Frage sind sich beide Departemente einig.

Flach ist gegen eine Anpassung der Anrechenbarkeit. Für ihn ist auch klar, dass

Referenten und Podiumsteilnehmer

Christoph Hartmann, Vorsitzender der Geschäftsleitung Vollzugsstelle für den Zivildienst, angesiedelt im Departement Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF). Hartmann ist MLaw mit Erfahrungen als IKRK-Delegierter. Er war Zugführer (Oblt) einer mobilen Flieger-Funker-Kompanie der Luftwaffe.

Korpskommandant (KKdt) Daniel Baumgartner, Kommandant Heer und Projektleiter Ausbildungskommando.

Als Podiumsteilnehmer waren Ständerat (SR) Josef Dittli (FDP UR) und Nationalrat (NR) Beat Flach (GLP AG), beide Mitglieder in der jeweiligen Sicherheitspolitischen Kommission, anwesend.

Das Podium leitete Irène Thomann, Vorstand «Chance Schweiz».

die Vollzugsstelle Zivildienst nicht ins VBS gehört.

Für Dittli gibt es immer mehr Auswüchse, die eingeschränkt werden müssen. Aber Hauptproblem ist die Aushebung – das muss angepackt werden.

KKdt Baumgartner regt an, die Gesellschaft vermehrt zu mobilisieren. Vielleicht muss man Exzesse brandmarken wie Firmen, die dienstpflichtige Kandidaten nicht mehr einstellen wollen. Der Missbrauch der Ausbildungskurse (Fahrerausbildung, Bootsführerausbildung) muss gestoppt werden, indem die erlangten Ausweise erst provisorisch ausgestellt werden. Leute, die sich nur Vorteile erschleichen, sind auch für den ZD keine Hilfe.

Wertvolle Dienste – aber am richtigen Ort?

Es gibt vermehrt kritische Einsatzorte wie Brockenstuben, Einsätze in Schulen oder gar in Neuseeland: wie wird die Gleichwertigkeit der Tätigkeiten gemessen?

Hartmann: Wir suchen gleichwertige Tätigkeiten. Betriebe, die sich melden, werden gemessen und geprüft. Aber die Gleichwertigkeit im Bereich Soziales und Gesundheitswesen ist schwer zu erreichen. So akzeptieren Spitäler aus Sicherheitsgründen keine Nachteinsätze von Zivis.

Dittli meint, dass das Parlament die Gleichwertigkeit mit dem Faktor 1,5 definiert habe – die Umsetzung dieser Vorgabe ist Sache der Vollzugsstelle ZD. Es wird immer Einzelfälle geben, aber trotz allem ist die relative Wehrgerechtigkeit

gegeben. Mehr Mühe macht das Unterlaufen der Wehrpflicht, 60% der Tauglichen sind am Ende der Dienstpflicht nicht mehr da.

Flach widerspricht: Die Entwicklung der Gesellschaft können wir nicht umkehren. Die Sinnhaftigkeit muss aufgezeigt werden, dann bleiben die Jungen auch. Es gibt keine Not, schnell etwas zu ändern.

Baumgartner stellt diese Aussage in Frage: Politisch gesehen, mag es keine Not geben; militärisch gesehen, sind wir an der untersten Grenze der Alimentierbarkeit der Armee. Wenn die Abgänge steigen, können wir den Auftrag nicht mehr erfüllen und wir wissen ja alle, dass wir nicht in einer heilen Welt leben.

Fragen aus dem Plenum

Was gibt es für politische Handlungsoptionen?

Flach meint, dass die Politik vorausdenken sollte. Die Wehrgerechtigkeit ist zu diskutieren, denn alle Jungen müssen etwas beitragen an das Funktionieren der Gesellschaft, wir werden uns mit Fragen zu einer allgemeinen Dienstpflicht auseinandersetzen müssen.

Dittli teilt diese Meinung nicht. Es geht darum, die Bestände der Armee sicherzustellen. Das braucht Massnahmen in drei Bereichen: Differenzierte Tauglichkeit weiter verbessern, den Wechsel zum ZD ab WK erschweren und generell die Hürden für den Übertritt anheben.

Was werden Sie tun, um die Kommunikation zu verbessern?

Baumgartner fordert eine positive Dynamik, man muss vorausgehen und dafür sorgen, dass Militär wieder zum Thema auch in Stellenausschreibungen wird. Wir müssen hinstehen und zeigen, was wir zu leisten im Stande sind. Wir wollen auch den Geist der ausserdienstlichen Tätigkeiten wieder beleben – wir lassen keinen zurück.

Die Armee leistet Dienste im Rahmen von Sportanlässen, warum machen das nicht die Zivis?

Baumgartner weist darauf hin, dass die Armee Führungsstrukturen habe, das sei der Hauptunterschied zu den Zivis. Mit einer Masse von Leuten gehen solche Einsätze nicht.

Hartmann erwähnt, dass die Politik das explizit ausgeschlossen habe. Die Erwartung ist aber bekannt und wird zur Kenntnis genommen.